LZ-Rheinland

Artikel vom 21.07.2021 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 14:30 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/tierwohldebatte-braucht-mehr-druck-und-sog

Tierwohldebatte braucht mehr „Druck und Sog“



Foto: Thünen-Institut

Für eine tragfähige und umfassende Nutztierstrategie hat sich der Präsident des Thünen-Instituts, Prof. Folkhard Isermeyer, ausgesprochen. „Wir tun hier was und dort was, aber das ist bisher nicht kraftvoll genug“, sagte Isermeyer vor den Mitgliedern des Veredelungsausschusses im Landvolk Niedersachsen. Der Nutztiersektor werde nur dann aus der Defensive kommen, wenn die gesamte Nutztierhaltung in Deutschland in den nächsten

20 Jahren auf ein hohes Tierwohlniveau gebracht werde. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse die Politik Investitionshilfen und laufende Tierwohlprämien zahlen und außerdem den ordnungsrechtlichen Rahmen anpassen. „Es geht hier um ein schlüssiges Gesamtpaket. Wir benötigen Druck- und Sog-Instrumente zur Verbesserung des Tierwohls. Außerdem muss das mit dem Bau- und Umweltrecht zusammenpassen“, betonte Isermeyer.

Er wies darauf hin, dass sich die Borchert-Kommission zu den Kriterien für die einzelnen Haltungsstufen bisher noch keine abschließende Meinung gebildet habe. Auch zum Platzbedarf pro Schwein könne es noch Änderungen gegenüber jenen Zahlen geben, die

bei der Diskussion des staatlichen Labels veröffentlicht worden seien. Die Landwirtschaft sei nicht gut beraten, hier auf möglichst niedrige Standards für die Tierwohlstufen abzuzielen, gab der Wissenschaftler zu bedenken. Nach der Borchert-Systematik würden höhere Standards auch entsprechend höhere Zahlungen auslösen, sodass sie nicht zu einem Einkommensnachteil führten. Die Standards müssten so hoch sein, dass letztlich die Mitte der Gesellschaft mit dem Ergebnis zufrieden sei. „Wir brauchen für die Zukunft der Tierhaltung einen breiten Konsens – einen Gesellschaftsvertrag, in dem sich alle Beteiligten, auch Tierschutzorganisationen, wiederfinden können“, so Isermeyer.

Der Thünen-Präsident verwies auf weiterhin offene Fragen in der Debatte. So sei noch unklar, ob Deutschland von der EU die Erlaubnis erhalte, mit den Landwirten Verträge abzuschließen, die die Zahlungen für längere Zeiträume – möglichst 20 Jahre – garantierten. Hier gebe es aber inzwischen Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Unklar sei außerdem die Anpassung des tierhaltungsbezogenen Ordnungsrechts. Isermeyer empfahl der Politik, hier eng mit der Initiative Tierwohl (ITW) zusammenzuarbeiten.

AgE